

Das Dokument

Loi Fillon

Leitlinien des Gesetzes zur französischen Schulreform, Dezember 2004 / Februar–März 2005¹

„Am 18. November und 3. Dezember 2004 hat Bildungsminister François Fillon die Leitlinien des Gesetzes zur Bildungsreform vorgestellt, mit dessen Hilfe das französische Bildungssystem auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorbereitet werden soll. Es wurde am 3. Dezember an den Conseil Supérieur de l'Éducation (Hoher Bildungsrat) zur abschließenden Stellungnahme übermittelt. Nach der Verabschiedung in der Nationalversammlung im Frühjahr und der progressiven Umsetzung der Durchführungsbestimmungen im Schuljahr 2005/2006 soll es mit Schuljahresbeginn 2006/2007 vollständig in Kraft treten. Es entstand auf der Basis des Berichts der nationalen Bildungskommission (Thélot-Kommission, die am 13. Oktober 2004 ihren Bericht dem Premierminister übergeben hatte), sowie der großen Bildungsdebatte 2003/2004, an der unter Einbeziehung der neuen Medien frankreichweit Lehrer, Eltern und Schüler teilnahmen. Die Maßnahmen der Reformen verfolgen zwei Hauptziele: Die Verringerung der Zahl der Schulversager sowie die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus.“

Erstes Ziel: Zahl der Schulversager senken

Das zukünftige Bildungsrahmengesetz (Loi d'orientation sur l'École) zielt darauf ab, allen Schülern die unabdingbaren Fähigkeiten und das unabdingbare Wissen bis zum Ende der obligatorischen Schulpflicht zu verpflichten. Allen Kindern soll es ermöglicht werden, ihren Weg durch das Bildungssystem unter den besten Bedingungen zu absolvieren. [...]

Zweites Ziel:

Das allgemeine Bildungsniveau heben

Der Bildungsminister wünscht, dass jeder Jahrgang geschlossen eine Qualifikation erhält (Anm., d.h. kein

Schulabgang ohne Abschluss, im Augenblick ungefähr 150 000 Schulabgänger pro Jahr ohne Abschluss) und dass 80 Prozent eines Jahrgangs das Abitur machen (Anm. hierzu gehören allerdings auch die verschiedensten fach- und berufsbildenden Abiturabschlüsse, die nicht mit der deutschen allgemeinen Hochschulreife zu vergleichen sind). Zudem gibt Bildungsminister Fillon als Ziel vor, „im Rahmen einer nationalen Anstrengung“ (Premierminister Raffarin) die Anzahl der Jugendlichen, die ein Universitätsdiplom machen, von aktuell 35 Prozent bis 2015 auf 50 Prozent anzuheben.

Die im Artikel 2 des Gesetzes festgehaltenen 9 Feinziele, die bis 2010 erreicht werden sollen, entsprechen dem europäischen Engagement Frankreichs und sind ein Beitrag zur Realisierung der in der Erklärung des Europäischen Rates von Lissabon im März 2000 fixierten Ziele. Dies sind: 1. Die Steigerung der Zahl der Abiturienten mit allgemeiner Hochschulreife aus Familien mit geringem Bildungshintergrund um 20 Prozent; 2. Die Steigerung der Zahl der Studenten, die einen wissenschaftlichen Studiengang – ausgenommen der Medizin – wählen, um 15 Prozent; 3. Die Steigerung der Anzahl der jungen Mädchen in den wissenschaftlichen und technischen Abiturzweigen um 20 Prozent; 4. Die Steigerung der Anzahl der Schüler, die in der 1. Fremdsprache das Niveau B1 erreichen (Referenzwert des Europarats für die modernen Fremdsprachen) um 20 Prozent; 5. Die Erhöhung der Zahl der Deutsch lernenden Schüler um 20 Prozent; 6. Die Ausweitung der Schulen mit Europasektion im Collège und Gymnasium um 20 Prozent; 7. Die Erhöhung des Anteils der Schüler, die alte Sprachen lernen um 10 Prozent; 8. Die Steigerung der Zahl der Lehrlinge in den Lehrlingsausbildungsgängen des Gymnasiums um 50 Prozent; 9. Die Steigerung der Fortbildungsrate bei den Lehrkräften um 20 Prozent.

1 Quelle: Französische Botschaft, veröffentlicht am 16.12.2004.

Die Reform: Maßnahmen für die Schule des 21. Jahrhunderts

- die verstärkte Kontrolle der Basiskenntnisse: [...], d.h. die Beherrschung des Französischen, der Grundelemente der Mathematik und der modernen Kommunikationstechniken, sowie eine humanistische und wissenschaftliche Bildung als Grundstock für die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte sowie die Kenntnis von mindestens einer Fremdsprache. [...] Jeder Schüler mit großen Lernschwierigkeiten soll „eine individuelle Unterstützung erhalten, mit speziell pädagogisch abgestimmten Förderstunden für den Einzelnen“. In einer Art Erziehungsvertrag zwischen Schule und Elternhaus soll dieses mit einer Individualförderung von bis zu drei Stunden wöchentlich gewährleistet werden.

- die Wiedereinführung des Sitzenbleibens: „Das Sitzenbleiben ist ein Werkzeug, ein Mittel wie andere auch, das die individuelle Hinwendung und Unterstützung begleitet, dabei allerdings aber nicht die einzige Antwort sei“, so der Minister. Das Sitzenbleiben, über das die Lehrer nach Abstimmung mit den Eltern entscheiden, diene auch dazu „dass der Schüler nicht bis ans Ende seiner Schulzeit mit seinem eigenen Versagen konfrontiert wird“, so der Minister.

- die Reform des Abiturs: Die Reform des Abiturs – das augenblicklich zu kompliziert sei – müsse, so Fillon, die Reduzierung der Zahl der Fächer beim Abitur sowie eine schuljahrbegleitende Kontrolle beinhalten.

- die Vermittlung von Fremdsprachen: „Es gelte eine große Anstrengung zu unternehmen, damit alle Jugendlichen Englisch lernen.“ Englisch müsse so als erste Fremdsprache obligatorisch werden. Weiterhin müssten auch andere Sprachen früher in der Grundschule unterrichtet werden (Beginn der 1. Fremdsprache in der 2. statt der 3. Klasse. Beginn der 2. Fremdsprache in der 7. statt in der 8. Klasse). Der Unterricht wird dabei nach den Vorschlägen des Europarates nicht mehr nach Klassenstufe, sondern in Niveaugruppen erteilt. Auslandsaufenthalte von Schülern sollen gefördert werden und in jeder Akademie soll ein deutsch-französisches „Abibac“ organisiert werden. Ziel ist es auch, die Zahl der deutschlernenden Schüler um 20 Prozent zu heben. Zudem wird die fremdsprachliche Ausbildung von Lehrern mit drei nichtsprachlichen Fächern erweitert, damit diese ihre Fächer auch in einer Fremdsprache unterrichten können (europäische und internationale Sektionen).

- die Fortentwicklung der Lehrlingsausbildung: Dieser Teil der Reform bezieht sich auf den Plan zum

sozialen Zusammenhalt von Sozialminister Jean-Louis Borloo, der auf eine Erhöhung der Zahl der Lehrlingsstellen auf 500 000 abzielt, was ohne ein Engagement des Erziehungsministeriums nicht realistisch sei. Hierzu soll die Zahl der Jugendlichen in einer dualen Ausbildung an den öffentlichen Schulen innerhalb von fünf Jahren verdoppelt werden.

- der Kampf gegen die Gewalt in der Schule: Aufgrund des ständigen Anstiegens der Gewalt in den letzten Jahren sei dieses „eine absolute Priorität“. Hierzu müsse „die Autorität wiederhergestellt werden“ und „den Jugendlichen eine klare Orientierung gegeben werden“, wobei „eine Einbeziehung von Fachleuten notwendig sei, da nicht alles von den Lehrern geleistet werden könne“. Minister Fillon erinnerte dabei an die Vereinbarungen zwischen Erziehungs-, Innen- und Justizministerium.

- die bessere Respektierung der Werte der Republik: (Toleranz, Respekt des anderen, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Selbstverantwortlichkeit). Hierzu wird auch in den Collèges (Gesamtschulen) eine Note für das Verhalten im Schulalltag erteilt. Schwierige Schüler, die den Unterrichtsbetrieb schwer stören, erhalten zusätzliche Hilfs- und Integrationsangebote (die verfünffacht werden sollen).

- eine bessere Lehrerbildung: In den nächsten fünf Jahren werden die 150 000 in Ruhestand gehenden Lehrer und das nicht-pädagogische Personal vollständig ersetzt.

Dieser Generationswechsel soll auch für eine Reform der Lehrerbildung genutzt werden (Transfer der IUFM – Institut universitaire de formation des maîtres – und damit der pädagogischen Lehrerbildung in die Universitäten, dabei inhaltliche Ausgestaltung einer erneuerten Lehrerbildung durch das Bildungsministerium, Ausbau der Fort- und Weiterbildung der Lehrer). Zur Umsetzung und Finanzierung der Reform kündigte Minister Fillon zusätzliche Ausgaben in Höhe von zwei Milliarden Euro an. Das Gesetz schafft einen Hohen Rat für Bildung (Haut conseil de l'éducation) mit weitgehenden Konsultativrechten zu dem sogenannten „Bildungssockel“, den Lernprogrammen, der Pädagogik, der Evaluierung der Schülerkenntnisse, zur Organisationsform, den Resultaten des Bildungssystems sowie zur Lehrerbildung. Der Hohe Rat legt jährlich einen öffentlichen Bericht über die Leistung des Bildungssystems vor, und zwar ganz insbesondere bezüglich der Ziele des Bildungsrahmengesetzes.“

Anm. d. Red.: Der Gesetzentwurf wurde am 12. Januar 2005 im Conseil des ministres angenommen. Die Beratungen in der Nationalversammlung vom 15.–18. Februar 2005 haben mehrere Änderungen ergeben, von denen die Bedeutendste die Zurücknahme der Reform des französischen Abiturs darstellt. Der modifizierte Gesetzentwurf wurde daraufhin am 2. März von der Nationalversammlung mit 346 zu 178 Stimmen verabschiedet.

Das Dokument

Blaesheim-Treffen in Blomberg: Lockerung des Stabilitätspaktes

Gemeinsame Pressekonferenz von Staatspräsident Chirac und Bundeskanzler Schröder, 7. März 2005

Staatspräsident Jacques Chirac bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzler Gerhard Schröder im Anschluss an ihr informelles Treffen (Auszüge):¹

„[...] Wir haben natürlich auch lange über die Reform des Wachstums- und Stabilitätspaktes gesprochen. Wir sind zuversichtlich, was die Arbeit der luxemburgischen Präsidentschaft anbelangt. Der Ratsvorsitzende wird morgen ein Gespräch mit dem Bundeskanzler führen. Es ist unerlässlich, die bisweilen zu strengen Regeln des Stabilitätspaktes zu verbessern, flexibler zu gestalten und an die Forderungen des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts anzupassen. Es ist ein Stabilitäts- und Wachstumspakt, um den es hierbei geht – dies wurde manchmal vergessen, und er soll dazu dienen, unsere Volkswirtschaften besser anzupassen. Was all dies anbelangt, sind wir zu gemeinsamen Schlussfolgerungen gekommen und wir werden zu allen Themen des Ratstreffens gemeinsame dynamische Positionen haben. [...]

Zunächst einmal sind wir der absolut gleichen Meinung und haben die gleiche Haltung zum Stabilitätspakt. Wir sind gegen einen Automatismus. Da es sich auch um einen Wachstumspakt handelt, müssen verschiedene Angaben berücksichtigt werden, bevor eine Entscheidung getroffen wird. Die Situation ist nicht die gleiche, wenn wir ein starkes Wachstum haben oder aber eine Stagnation eingetreten ist. Dies muss natürlich auch berücksichtigt werden. Jedes Land hat besondere Eigenschaften. Ich denke hier zum Beispiel an die Bedeutung und die Kosten der Entwicklung der neuen Bundesländer für Deutschland. Das ist eine besondere Last, die auch mit in die Gesamtgleichung einfließen muss, wenn man will, dass sie wirtschaftlich gerechtfertigt ist, genauso wie die Bedeutung des deutschen Überschusses bei den Zahlungen für Europa.

So hat jeder seine Eigenschaften, die nicht genau gleich gewichtet werden können. Es gibt verschiedene Arten von Ausgaben. Es gibt Leute, die unheimlich viel Geld für laufende Kosten, für Betriebskosten, ausgeben. Andere gehen die Sache etwas seriöser an. Und es gibt Investitionskosten, die den Reichtum von morgen ermöglichen, zum Beispiel für Investitionen in Forschung. Sollte man der Einfachheit halber den Betriebskosten die Priorität geben, oder muss man berücksichtigen, dass es Länder gibt, die besondere Anstrengungen für die Zukunft – Investitionen in die Forschung – unternehmen?

Es gibt auch Ausgaben, die für das Gemeinwohl Europas vorgesehen sind, zum Beispiel Ausgaben für die Verteidigung oder die öffentlichen Gelder, die in die Entwicklung fließen, was für ganz Europa wichtig ist. Kann man der Ansicht sein, dass diejenigen, die in diesem Bereich hohe Ausgaben haben, schlechter als die anderen behandelt werden, die nicht den gleichen Beitrag für die Sicherheit Europas leisten? Es darf also keinen Automatismus geben. Es muss die Möglichkeit geben, das Ganze zu gewichten.

Das heißt, die Umsetzung eines solchen Paktes kann nicht rein technokratisch erfolgen. Sie muss politisch angegangen werden. Das heißt, es muss eine gewisse Anzahl von Tatsachen wirtschaftlicher und humaner Natur einfließen. Natürlich geht es überhaupt nicht darum, in irgendeiner Weise Nachlässigkeit zu akzeptieren. Wenn man eine gemeinsame Währung verteidigt, so muss man die Regeln auch akzeptieren und strikt umsetzen. Aber die Nachlässigkeit ist eine Sache und technokratische Sturheit eine andere. Es gilt also, den richtigen Weg zu finden, wenn man die Politik in diesem Bereich definieren möchte. Hier sind wir uns mit dem Bundeskanzler völlig einig.“

1 Quelle: Französische Botschaft, veröffentlicht am 8.3.2005.

Das Dokument

EU-Gipfel in Brüssel: Lockerung des Stabilitätspaktes durchgesetzt

Pressekonferenz von Staatspräsident Chirac, Brüssel, 23. März 2005

Staatspräsident Jacques Chirac im Anschluss an den Europäischen Rat, Brüssel, 23. März 2005 (Auszüge):¹

„[...] Das Ziel dieses Gipfeltreffens war es, Europa für mehr Wachstum und Beschäftigung mobil zu machen und [...] das europäische Sozialmodell zu garantieren. Es standen also zwei Hauptpunkte auf der Tagesordnung: Die Reform des Stabilitätspaktes und die Überprüfung der so genannten Lissabon-Strategie. Was den Stabilitätspakt betrifft, so hatten wir diesen bekanntlich bei dem Gipfeltreffen in Amsterdam 1997 verabschiedet. [...] Damals war es uns wichtig, den Punkt Wachstum in den Stabilitätspakt aufzunehmen. Der Pakt wurde also „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ genannt, die Forderung nach Wachstum geriet aber etwas in Vergessenheit. [...] Man konnte deutlich sehen, dass die Zwänge, so wie sie im Pakt festgehalten worden waren, negative Auswirkungen auf die Beschäftigung und auf soziale Probleme haben, insbesondere wenn das Wachstum nicht gerade gut ist. Die Forderung nach Wachstum musste also wirklich wieder mit der Stabilität verankert werden. Das hatten einige Länder gefordert und darüber haben die Finanzminister, insbesondere unter dem Antrieb Deutschlands und Frankreichs, verhandelt. Dies wurde zunächst innerhalb der Eurogruppe beschlossen, dann von allen 25 Staaten des Rates Wirtschaft und Finanzen und so konnten wir schließlich heute die Beschlüsse der Finanzminister ohne Änderung verabschieden.

Wir werden also einen Pakt haben, der einerseits die wirtschaftliche Gesamtsituation, andererseits die Einzelsituationen der betreffenden Länder besser in Betracht zieht. Das heißt insbesondere, dass das allgemeine Wachstumsniveau in Zeiten der Hochkonjunktur berücksichtigt wird. Man wird dann mehr auf die An-

strengungen der einen und der anderen achten, damit sie ihre Ausgaben seriös verwalten. In Zeiten mit schwachem Wachstum hingegen, wenn es Schwierigkeiten oder Probleme gibt, werden wir darauf achten, zu den bereits bestehenden Zwängen nicht noch wirtschaftliche Einschränkungen hinzuzufügen, um zu vermeiden, dass die wirtschaftlichen und damit sozialen Schwierigkeiten noch größer werden. Wir werden auch einen Pakt haben, der das Wachstum und die politischen Ziele der Union unterstützt. Wir haben beschlossen, mit bestimmten Ausgaben gesondert umzugehen. [...]

Wir haben uns für eine Lösung entschieden, die uns erlaubt, die Art der Ausgaben zu berücksichtigen und Ausgaben in Zusammenhang mit prioritären Zielen anders zu behandeln. Hierzu zählen: Forschung, Investitionen, staatliche Entwicklungshilfe, die zur internationalen Solidarität zählt, militärische Ausgaben, entweder funktionell oder zu Forschungszwecken, denn sie sind die politischen Ziele. Diese etwas andere Herangehensweise wird ermöglichen, viel realistischer an die Konsequenzen der Ausgaben und insbesondere an den jeweiligen Haushalt heranzugehen. Das soll natürlich nicht heißen, dass wir die Haushaltsdisziplin einfach so aufgeben. Die Regelung der 3 Prozent bleibt bestehen, sie ist erforderlich. Die Regelung der 60 Prozent bezüglich der Verschuldung bleibt ebenfalls erhalten. Aber der Rat behält es sich vor, eventuelle Überschreitungen, die die Konsequenz einer bestimmten Investitionsanstrengung, einer Anstrengung im Bereich Forschung, bei der internationalen Solidarität, bei der Verteidigung der Europäischen Union sein könnten, in seine Beurteilung einzubeziehen. Es handelt sich also um einen Pakt, der weniger mechanisch und wirtschaftlicher sein wird und den man ohne Zweifel besser einhalten wird, da er auch auf mehr Akzeptanz stößt.“

1 Quelle: Französische Botschaft, veröffentlicht am 24.3.2005.